



Die Ministerin

Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des
Ausschusses für Wirtschaft, Industrie,
Klimaschutz und Energie
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Herrn Dr. Robin Korte MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

VORLAGE
18/2357

A18

8. März 2024

Seite 1 von 7

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 13. März 2024

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Fraktion der FDP hat zur o.g. Sitzung um einen schriftlichen Bericht
zum Thema „**Aktueller Konjunkturbericht 1/2024**“ gebeten.

In der Anlage übersende ich den erbetenen Bericht mit der Bitte um Wei-
terleitung an die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Kli-
maschutz und Energie.

Mit freundlichen Grüßen

Mona Neubaur MdL

Berger Allee 25
40213 Düsseldorf

Telefon 0211 61772-0
poststelle@mwike.nrw.de
www.wirtschaft.nrw

Bericht des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie für die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 13. März 2024

Seite 2 von 7

„Aktueller Konjunkturbericht 1/2024“

Wirtschaftliche Entwicklung

Die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen musste zum Jahresanfang 2024 ebenso wie in Deutschland erneut einige Rückschläge verkraften: Die Eskalation des Nahost-Konflikts, Lieferengpässe und Streiks sowie neuerliche Planungs-Unsicherheit für Investoren verzögern die erhoffte konjunkturelle Erholung.

Beleben wird sich die Wirtschaft erst im weiteren Jahresverlauf: Im Gesamtjahr 2024 wächst die Wirtschaft im Land laut Prognose des RWI um 0,3 Prozent, im Bund um 0,5 Prozent. Der schwierige Jahresstart schlägt sich laut RWI-Prognose im 1. Quartal in einem Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität nieder. Anschließend bekommen die Auftriebskräfte allmählich die Oberhand, dazu zählen die sinkende Inflation, die Exporterholung, die steigenden öffentlichen Investitionen und die Aussicht auf niedrigere Zinsen.

2023 ist die wirtschaftliche Aktivität im Land wegen der besonderen Betroffenheit von der Energiekrise spürbar zurückgegangen: In Nordrhein-Westfalen um 1,1 Prozent und im Bund um 0,3 Prozent.

Stapel-Krisen

Die Gründe für die schwache Konjunktur sind weitgehend bekannt:

Hohe Energiepreise belasten die Wirtschaft. Gerade Nordrhein-Westfalen mit seiner energieintensiven Industrie – z.B. in der Metallerzeugung und der Chemie-Branche – hat einen besonders hohen Bedarf an fossiler Energie. Ein Lichtblick ist, dass sich die energieintensive Industrie in Nordrhein-Westfalen weiterhin besser entwickelt als im Schnitt in Deutschland: Während die Produktion der energieintensiven Industrie in Nordrhein-Westfalen nur um 8 Prozent zurückging, verringerte sich die Produktion im Bund um 10 Prozent. Allerdings ist der Anteil Energieintensiver Industrie in Nordrhein-Westfalen auch höher als im Bund – die hei-

mische Industrie ist somit insgesamt stärker von dem Rückgang betroffen. Zuletzt hat sich die Produktion der energieintensiven Branchen etwas erholt und hat im Januar einen Höchststand seit 2022 erreicht.

Auch der **Fachkräftemangel** macht den Unternehmen im Land zu schaffen. Einerseits kann der Fachkräftemangel einen Anstoß geben, mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung zu tätigen, um die Arbeitsproduktivität zu steigern, anstatt alternativ eine reine Arbeitsverdichtung vorzunehmen. Andererseits kann der Mangel an qualifizierten Fachkräften bedeuten, dass Stellen unbesetzt bleiben bzw. mit weniger qualifizierten Arbeitskräften besetzt werden und somit die Produktivität beeinträchtigt werden könnte. Auf dem Niveau von Experten und Expertinnen sowie Spezialistinnen und Spezialisten war im März 2023 laut Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung tatsächlich ein starker Anstieg offener Stellen zu beobachten, während die meisten der gemeldeten Arbeitslosen eine Helfertätigkeit suchten. Neben Weiterbildung und Qualifizierung ist auch die Anwerbung ausländischer Fachkräfte ein wesentlicher Baustein in der Gewinnung qualifizierter Fachkräfte. Nach einer Prognose des Sachverständigenrates muss sich Deutschland wegen der Alterung der Bevölkerung beim Wirtschaftswachstum bis 2028 auf eine Null vor dem Komma einstellen.

Auf der anderen Seite sind derzeit viele Menschen verunsichert, weil namhafte Unternehmen den Abbau von Stellen angekündigt haben. Auch in dem derzeit schwierigen Umfeld zeigt sich der **Arbeitsmarkt** robust. Negative Entwicklungen können derzeit aufgefangen werden, weil viele Unternehmen weiterhin Personal suchen. Die Dynamik am Arbeitsmarkt ist hoch. Insgesamt wächst die Beschäftigung im Land derzeit schneller als im Bund. Die Beschäftigung hat im Jahr 2023 ein neues Rekordhoch erreicht: Mehr als 7,3 Millionen Menschen waren im vergangenen Jahr sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Zum Jahreswechsel ist der Zuwachs etwas ins Stocken geraten – 2024 erwartet das RWI nur einen leichten Zuwachs von 8.000 Beschäftigten.

Die **schwache Weltkonjunktur** macht der exportstarken heimischen Wirtschaft ebenfalls zu schaffen: Zunächst haben die Preissteigerungen weltweit Wachstum gekostet. Die durch die geldpolitischen Maßnahmen steigenden Zinsen haben anschließend die Investitionstätigkeit gedämpft. Die Eskalation des Nahostkonflikts beeinträchtigt zusätzlich den internationalen Seehandel und zieht Liefer- und Materialengpässe nach sich. Insgesamt leidet die exportorientierte Wirtschaft in Deutschland und

Nordrhein-Westfalen besonders unter dem angespannten, konflikträchtigen geopolitischen Klima und dem zunehmenden Protektionismus. Die industriepolitischen Initiativen anderer Länder fordern den Standort Deutschland dabei heraus: Die USA gewähren beispielsweise erhebliche Ansiedlungsanreize für Zukunftstechnologien, wie wasserstoffbasierte Fertigungsprozesse oder Batteriezellfertigung. Zuletzt verbesserten sich die Exporterwartungen der Unternehmen wieder, wie die jüngste Umfrage der IHK NRW zeigt. Dies lässt eine anziehende Weltkonjunktur vermuten, die in der Vergangenheit schon häufig Ausgangspunkt für einen breiten deutschen Aufschwung war.

Wirtschaftspolitische Perspektiven

Ziel der Landesregierung ist es, möglichst gute Rahmenbedingungen für einen zukunftsfähigen Industriestandort Nordrhein-Westfalen zu schaffen und Unternehmen gezielt bei den Herausforderungen der klimaneutralen und digitalen Transformation zu unterstützen. Die erste klimaneutrale Industrieregion soll in Nordrhein-Westfalen entstehen. Die konkreten Themenfelder zur Verbesserung der Standortbedingungen für das produzierende Gewerbe sind beispielsweise in dem Papier „Sieben Punkte für eine starke Industrie in Nordrhein-Westfalen“ beschrieben und mit diversen industriepolitischen Maßnahmen für gute Rahmenbedingungen unterlegt. Insbesondere mit einer günstigen Versorgung mit erneuerbaren Energien und der Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren möchte die Landesregierung der Konjunktur weitere Dynamik verleihen:

- Mit dem schnellen und umfassenden Ausbau der Erneuerbaren Energien kommt die Landesregierung gut voran. Dies zeigt sich insbesondere in den hohen Genehmigungszahlen.
- Mit der Neu-Ausrichtung des Landesentwicklungsplans hat die Landesregierung zudem die Weichen für zukünftige Erfolge gestellt.
- Die Strompreiskompensation entlastet stromintensive Unternehmen, die dem Carbon-Leakage-Risiko ausgesetzt sind und erhält gleichzeitig Einsparanreize. Sie schafft eine Perspektive für die nächsten Jahre und trägt damit ebenfalls zur Planungssicherheit bei.

Besondere Anstrengungen unternimmt die Landesregierung, damit Prozesse in Verwaltung und Wirtschaft effizienter und durchgängig digital werden:

- Berichtspflichten wird die Landesregierung, wo möglich, mit einer zeitlichen Beschränkung versehen, sie reduzieren oder sie abschaffen. Dazu wurde im Herbst 2023 eine ressortweite umfassende Bestandsaufnahme auf den Weg gebracht.
- Die Landesregierung bekennt sich klar zum Prinzip „One in – one out“ und arbeitet an einem entsprechenden Konzept.
- Da ein Großteil der Bürokratie durch Bundesrecht entsteht, ist der Referentenentwurf für das Bürokratieentlastungsgesetz IV ein wichtiger Schritt. Die Landesregierung hat bei der Länderanhörung eine Stellungnahme abgegeben und weitere Maßnahmen zur Entlastung in dem Gesetzentwurf angeregt.
- Die Landesregierung befasst sich mit dem Bürokratieabbau in der Wirtschaft auf EU-Ebene. Dabei werden verschiedenen Initiativen zur besseren Rechtsetzung auf europäischer Ebene begleitet.
- Das im letzten Herbst vorgelegte KMU-Entlastungspaket mit Maßnahmen wie Verbesserungen zum Regelungsumfeld oder Vereinfachung von Verwaltungsverfahren und Berichtspflichten für KMU ist aus Sicht der Landesregierung sehr positiv.
- Die KMU-Definition ist ein Thema, das die Landesregierung umtreibt, da die allgemeine EU-Definition nur vergleichsweise kleine Unternehmen erfasst und die hiesige Unternehmensstruktur nicht gut abbildet. Hier gibt es Bewegung auf europäischer Ebene. Die Landesregierung begleitet diesen Prozess.
- Zudem setzt sich die Landesregierung stark für schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren ein. Eine Entlastung der Wirtschaft wird mit der Umsetzung des im November 2023 beschlossenen Bund-Länder-Pakts für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung erfolgen. Dafür hat sich die Landesregierung intensiv eingesetzt.
- Das besonders wichtige Thema der Digitalisierung der Verfahren wird intensiv von der Landesregierung vorangetrieben; aktuell konkret im Bereich der immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren. Das von der Wirtschaft sehr gelobte Wirtschafts-Service-Portal soll mit anderen Bundesländern vernetzt und damit stärker ausgebaut werden.

- Ein Pilotprojekt ist das Breitband-Portal: Von der Beantragung bis zur Bescheid-Erteilung des Ausbaus erfolgt die Bearbeitung vollständig digital. Über das Portal „Beteiligung.NRW“ wird das Beteiligungsverfahren bei Raumordnungsverfahren schon jetzt vollständig digital abgewickelt.

Dass sich ein internationaler „Big Player“ wie Microsoft entscheidet, in Nordrhein-Westfalen Infrastruktur im Milliardenwert aufzubauen, zeigt, dass Nordrhein-Westfalen schon jetzt gute Rahmenbedingungen für Zukunftsinvestitionen bietet.

Langjährige strukturelle Schwächen der Industrie

Die strukturellen Schwierigkeiten der nordrhein-westfälischen Industrie sind schon lange bekannt: Die Wertschöpfung im Produzierenden Gewerbe in Nordrhein-Westfalen ist von 1992 bis 2022 um 7,5 Prozent gefallen – im Bund ist der Wert im gleichen Zeitraum 24,3 Prozent gestiegen. Das BIP je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen ist von 2012 bis 2022 um 30,3 Prozent gestiegen, im Bund ist die Arbeitsproduktivität je Arbeitsstunde im gleichen Zeitraum um 36,4 Prozent gestiegen. Das BIP je erwerbstätiger Person hat von 2012 bis 2022 in Nordrhein-Westfalen um 26 Prozent zugenommen. Im Bund ist die Arbeitsproduktivität je erwerbstätiger Person im gleichen Zeitraum um 29,9 Prozent gestiegen. Das Land hat somit mehrere Jahrzehnte der industriellen Schrumpfung hinter sich.

Die Investitionstätigkeit in Deutschland ist zudem seit mehr als 20 Jahren schwächer als in anderen Industrieländern – und in Nordrhein-Westfalen fällt der Rückstand besonders hoch aus. Das Wirtschaftswachstum und vor allem die Investitionen im Land entwickeln sich dauerhaft schwächer als im Bundesdurchschnitt. Die Investitionen liegen deutlich unter dem Niveau der 1990er Jahre.

Investitions-Booster

Die Landesregierung geht mit den dargestellten Befunden offen um. Ministerin Neubaur hat zudem mit dem Investitions-Booster bereits einen konkreten Lösungsvorschlag präsentiert, der konstruktiv diskutiert, konkretisiert und optimiert werden sollte.

Der durch Ministerin Neubaur vorgeschlagene Investitions-Booster verfolgt das Ziel, unternehmerische Investitionen zu steigern, um so die sukzessive Modernisierung von Wirtschaft und Infrastruktur zu gewährleisten und gleichzeitig den Transformationsprozess voranzubringen.

Dabei würde er sich durch die Möglichkeit einer einfachen und zielgenauen Umsetzung auszeichnen: Jedes Unternehmen, das in eine klimafreundliche Maßnahme investieren würde, erhielte eine Steuergutschrift in Höhe von 25 Prozent des Investitionsbetrages über den Abschreibungszeitraum. Auf diese Weise könnte die öffentliche Hand mit jedem Euro – relativ unbürokratisch – das Dreifache an privaten Mitteln hebeln.

Ministerin Neubaur schlägt in dem Zusammenhang vor, dass förderfähig grundsätzlich alle Maßnahmen sein sollten, die nachweislich über einen längeren Zeitraum zur Senkung der CO₂-Emissionen beitragen. Beinhaltet wären damit z.B. Investitionen in Schieneninfrastruktur, Wasserstoffnetze, energetische Gebäudesanierung und Heizungsumbau, Elektromobilität, wasserstoffbasierte Stahlerzeugung, Bildungsmaßnahmen oder Forschung und Entwicklung.

Der Vorschlag von Ministerin Neubaur geht von einem notwendigen Finanzierungsvolumen von rund 50. Mrd. Euro p.a. aus. Ein entsprechend ausgestatteter Investitions-Booster könnte dazu beitragen, Deutschland und Nordrhein-Westfalen wieder die Technologieführerschaft in zahlreichen Bereichen zu sichern und gleichzeitig maßgeblich auf das Ziel einer Klimaneutralität bis 2045 einzahlen.